Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden = Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université

Herausgeber: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden

Band: 35 (2009)

Heft: 2

Artikel: Krise, Krisentheorie und Krise der Theorie

Autor: Bortis, Heinrich

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-893961

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Krise, Krisentheorie und Krise der Theorie

Heinrich Bortis*

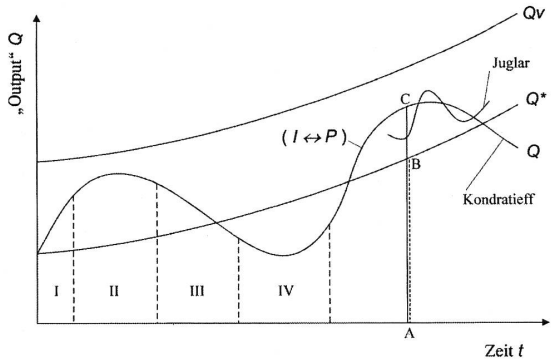
„Die Krise ist die gewaltsame Lösung des Widerspruchs", hat Marx einmal treffend gesagt. Tatsächlich scheint es, dass der Widerspruch zwischen Profit abwerfendem Realkapital (Produktionskapazitäten) und kaufkräftiger Nachfrage entscheidend ist für das Zustandekommen von Wirtschaftskrisen; die effektive Nachfrage wiederum nimmt ab, wenn die Einkommensverteilung ungleicher wird und umgekehrt. Wirtschaftskrisen führen dann auch zu Bankenkrisen. Allerdings besteht eine Wechselwirkung: Die Fähigkeit des Bankensystems, Geld und Kredit zu schöpfen, verstärkt die Konjunkturbewegungen, vertieft also Krisen. Der Finanzsektor als ganzer kann auch die Einkommensverteilung beeinflussen: Allgemein sind die Besitzeinkommen gegenüber den Lohneinkommen in den letzten 30 Jahren gestiegen (Afheldt, *Wirtschaft die arm macht*, 2005).

Krisen ergeben sich *deterministisch* aus der Funktionsweise des Wirtschaftssystems, einer monetären Produktionswirtschaft. Krisen treten also auch ein, wenn die Produzenten und Konsumenten sich ethisch richtig verhalten, was sicher überwiegend der Fall ist.

Der Aufsatz ist in drei Teile gegliedert. Zuerst etwas Definitorisches und Historisches zu den Konjunkturbewegungen, mit den Wirtschaftskrisen als einem Element dieser Bewegungen. Im zweiten Teil werden einige Bemerkungen zur Krisentheorie gemacht, was zusammen mit der Krisengeschichte ermöglicht, die heutige Krise zu interpretieren. Drittens etwas zur Krise der heute dominierenden ökonomischen Theorie, die nur sehr wenig zur Erklärung der Krise und ihrer Meisterung beiträgt. Deshalb werden einige Bemerkungen zum unbefriedigenden Stand der heutigen Wirtschaftstheorie gemacht und Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage angedeutet.

Definitorisches und Historisches zu den Konjunkturbewegungen

Konjunkturbewegungen sind Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität, also Zu- und Abnahmen von Sozialprodukt und Beschäftigung oder deren Wachstumsraten. Diese Schwankungen spielen sich in vier Phasen ab (Grafik). Im Aufschwung (I) nehmen die Güterproduktion und die Beschäftigung im Vergleich zum Trendwachstum (Wachstum der autonomen Grössen: Staatsausgaben und Exporte) überproportional zu und erreichen in der Hochkonjunktur ihren Höhepunkt (II). Es folgt nun der Abschwung, die dritte Phase des Zyklus (III). Dem Übergang von Hochkonjunktur zum Abschwung wird im Folgenden besondere Beachtung geschenkt. Der Abschwung, die Rezession, endet in der Krise oder der Depression (IV). Alle vier Phasen zusammengenommen bilden die Spannweite des Zyklus.



Es gibt nun Zyklen mit verschiedener Spannweite, von denen zwei besonders bedeutsam sind: Einmal die Kondratieff-Zyklen mit einer Spannweite von etwa 50-60 Jahren, dann die Juglar-Zyklen, die über 8-10 Jahre gehen – beide Zyklen sind nach ihren Entdeckern benannt, dem Statistiker Nikolai Kondratieff (1892-1938) und dem Arzt Clément Juglar (1819-1905). Dabei sind die Juglar-Zyklen um die Kondratieff-Zyklen angelagert (Grafik). Diese Betrachtungsweise der Zyklen verdanken wir dem grossen österreichischen Ökonomen Joseph Schumpeter (*Business Cycles*, 1939).

Die langfristigen Kondratieff-Zyklen ergeben sich aus der Einführung neuer Technologien. Deshalb liegen hier sowohl die Ersatzinvestitionen wie die Netto-Investitionen über dem normalen Trendniveau, um das sich die Konjunkturschwankungen abspielen (Grafik). Beide machen die Brutto-Investitionen aus, die in einem direkten positiven Zusam-

*Heinrich Bortis ist ordentlicher Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg/Schweiz.

menhang mit den Brutto-Profiten stehen. Die mittelfristigen Juglar-Zyklen sind reine Investitionszyklen bei gegebener Technologie. Hier weichen nur die Netto-Investitionen von ihrem respektiven Trendniveau ab.

Nun vorerst ein kurzer Überblick über die Kondratieff-Zyklen seit der Industriellen Revolution, wobei die gerade erwähnten vier Phasen zu zwei zusammengefasst sind: der Aufschwung, der auch die Hochkonjunktur enthält, und der Abschwung, inklusive der Krise (alle folgenden Daten sind natürlich nur Marksteine, die eine grobe Orientierung verschaffen sollen). Der erste Zyklus setzte mit der Industriellen Revolution in England um 1770 ein. Der Aufschwung dauerte bis 1815, vermutlich getragen von den Investitionen der Industriellen Revolution und später von den steigenden Staatsausgaben durch die Revolutions- und die Napoleonischen Kriege. Der Abschwung kam 1815 und dauerte bis etwa 1848. Diese Rezessions- und Depressionsphase wurde wahrscheinlich durch den drastischen Rückgang der Rüstungsausgaben nach Kriegsende eingeleitet. Der Aufschwung des zweiten Kondratieff-Zyklus erfolgte im Eisenbahnzeitalter, 1848-1873. Eric Hobsbawn spricht vom *Goldenen Zeitalter des Kapitals*. In der Euphorie dieser Zeit wurden gigantische Überkapazitäten geschaffen, die den Abschwung 1873-1896 bewirkten.

Die *Belle Epoque* von den 1890er Jahren bis zum ersten Weltkrieg markierte den Aufschwung des dritten Kondratieff-Zyklus, getragen von den Investitionen für die Produktion neuer Güter, Automobile, Elektromotoren, erste Flugzeuge, aber auch durch den Rüstungswettlauf vor dem Ersten Weltkrieg. Die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre steht für den Abschwung des dritten Kondratieff-Zyklus – Stichworte: Abbau von in den 1920er Jahren aufgebauten Überkapazitäten, mangelnde Konsumgüternachfrage wegen ungleicher Einkommensverteilung und dramatischer Zusammenbruch des internationalen Handels, volumenmässig von 3 Mia auf 0,9 Mia US $ von anfangs 1930 bis anfangs 1933 (Charles Kindleberger). Der Aufschwung des vierten Kondratieff-Zyklus ist synonym mit dem Goldenen Zeitalter 1950-1973 und wurde getragen von Investitionen für neue Produktionsverfahren, Exportüberschüssen gegenüber der Dritten Welt, hoher Konsumgüternachfrage wegen relativ ausgeglichener Verteilung und neu eingerichteten Sozialversicherungen, aber auch vom Rüstungswettlauf des Kalten Krieges. Der Abschwung 1973-85 wurde eingeleitet durch den drastischen Anstieg der Erdölpreise. Das Handelsbilanzdefizit der Industrieländer mit den Erdölproduzenten schleuste arabisches Geld in westliche Banken und entzog damit der realen Wirtschaft Kaufkraft. Der nun rasch steigende Schuldendienst der Entwicklungsländer hatte die gleiche Wirkung. Und wiederum mussten Überkapazitäten angesichts der durch eine ungleichere Einkommensverteilung geschwächten Nachfrage abgebaut werden. Der Aufschwung des fünften Kondratieff von etwa 1985 bis 2008 wurde vermutlich getragen von neuen Technologien im elektronischen Bereich und im Kommunikationsbereich, aber auch von der dramatischen Expansion des Finanzsektors, verbunden mit einer gigantischen Ausweitung des Kreditvolumens und der Verschuldung. Die Verschuldung der Konsumenten führte zu zusätzlicher Nachfrage. Dem eventuell jetzt einsetzenden Abschwung des fünften Kondratieff-Zyklus werden wir uns im nächsten Teil etwas eingehender widmen.

Krisentheorie

Zuerst ein paar Vorbemerkungen, also einige erforderliche Elemente, um die Krise theoretisch zu erfassen. Zunächst einmal sind unsere Wirtschaften nicht primär Marktwirtschaften, sondern monetäre Produktionswirtschaften. Die Marktwirtschaft beruht auf Tausch. Güter werden gegen Güter getauscht, Geld spielt nur eine Vermittlerrolle, und das Sparen bestimmt die Investitionen. Die neoklassische Markttheorie ist verbunden mit der Idee des Gleichgewichts und ist deshalb nicht geeignet, Konjunkturbewegungen zu erklären.

Die Grosse Transformation, die Englische Industrielle Revolution und die Französische Politische Revolution haben eine grundlegende neue Wirtschaftsform hervorgebracht, eine arbeitsteilige monetäre Produktionswirtschaft. Hier stehen der soziale Produktionsprozess und der Geld- und Finanzsektor im Vordergrund. Die grundlegenden Preise beruhen auf der Normalkostenkalkulation und werden innerhalb der Unternehmungen berechnet. Diese so genannten Produktionspreise sind bekannt, bevor die Güter auf den Markt kommen. Dieser bestimmt dann die Mengen, die zu bereits gegebenen Preisen abgesetzt werden können. Dabei können natürlich die Marktpreise von den Produktionspreisen abweichen. Die Verteilung ist ein komplexer sozialer Prozess. Die in Geld ausgedrückte und von der Kaufkraft der Bevölkerung abhängige effektive Nachfrage bestimmt Output und Beschäftigung. Kurz-, mittel- und langfristig kann ein Gleichgewicht bei unfreiwilliger systembedingter Arbeitslosigkeit zustande kommen. Es werden nie Güter gegen Güter getauscht, sondern immer Güter gegen Geld; alle Rentabilitätsberechnungen erfolgen in Geld; kurzfristige Bankkredite ermöglichen die laufende Produktion, langfristige die Investitionen – *hier wird*, so sagte Keynes, *das Geld zum Bindeglied zwischen Vergangenheit und Zukunft*. Geld ist deshalb grundlegend. Ohne einen Geld- und Finanzsektor könnte die reale Wirtschaft, die

Produktion von Gütern und die Zirkulation von Gütern und Geld, überhaupt nicht funktionieren.

In seinem *Treatise on Money* (1930) unterscheidet Keynes zwischen dem realen Sektor und dem finanziellen Sektor (Band 1, Kapitel 15). Beide Sektoren machen eine monetäre Produktionswirtschaft aus, deren Wesen durch eine *Monetäre Theorie der Produktion* erfasst werden kann.

Im realen Sektor finden die Güterproduktion und die Zirkulation von Gütern und Geld statt. Diese kann anhand der berühmten Marxschen Sequenz

G – W.... P .... W' – G'

dargestellt werden (*Kapital*, Band 2, Berlin, Dietz Verlag, p. 31).

Geld steht am Anfang und am Ende des Produktionsprozesses und der Zirkulationsvorgänge. Der Produktionsprozess beginnt mit dem Finanzsektor, der den Unternehmern finanzielle Mittel, Eigen- und Fremdmittel (G), zur Verfügung stellt, um Produktionsmittel (W) zu kaufen, d.h., Fabrikgebäude zu errichten, darin Anlagen einzurichten, Arbeiter einzustellen, Vorprodukte zu kaufen. Dann erfolgt der soziale Produktionsprozess (P), aus dem die Endprodukte (W') herauskommen. Im Produktionsprozess findet die Wertschöpfung statt, die zu Einkommen führen. Das Ausmass der Produktion und der Einkommen wird bestimmt durch die effektive Nachfrage (G'). Die autonomen Ausgaben, Staatsausgaben und Exporte, leiten einem kumulativen Prozess der Konsum- und Investitionsgüterproduktion ein, der durch die Importe eingeschränkt wird. Die effektive Nachfrage (G') kauft die Endprodukte (W') auf, wobei die Kausalrichtung von G' nach W' geht. Die effektive Nachfrage kann nun nicht ausreichend sein, um den Output bei Vollbeschäftigung aufzukaufen. Das Gleichgewicht zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und Nachfrage kann sich so einspielen, dass unfreiwillige Arbeitslosigkeit zustande kommt.

Die Prozesse von Produktion und Zirkulation führen im realen Sektor zu einer Zirkulation von Gütern und Geld. Zum Beispiel wird ein Teil des Volkseinkommens verwendet, um Endprodukte in der Form von Konsumgütern zu kaufen. Wichtig ist, dass im realen Sektor dem Geld immer ein realer Gegenwert in der Form von neu geschaffenen Gütern und Dienstleistungen gegenübersteht. Im realen Sektor ist das Geld sozusagen Wertstellvertreter. Es hat selber keinen Stoffwert, sondern vertritt den Wert von produzierten Gütern oder Arbeitsleistungen. Der Geldlohn zum Beispiel vertritt den Wert von geleisteter Arbeit. Der Verkaufserlös einer Unternehmung vertritt den Wert der von ihr produzierten Güter.

Die Finanzierung der Investitionen ist von zentraler Bedeutung. Die monetäre Finanzierung der Investitionen erfolgt im Finanzsektor, durch die Gewährung von neuen Krediten. Diese übersteigen in der Regel das Sparen (S) um die Zusatzkredite ΔM, was die Schaffung von neuem Geld impliziert. Die reale Finanzierung der Investitionen erfolgt im realen Sektor durch das Sparen. Das Sparen setzt Ressourcen frei, Arbeit, Realkapital und Boden, die zur Produktion von Investitionsgütern verwendet werden können. Dabei wird die notwendige Gleichheit von Sparen und Investitionen durch Veränderungen von Output und Beschäftigung herbeigeführt. In einer modernen Wirtschaft besteht der grösste Teil des Sparens aus Profiten, so dass im Extremfall die Investitionen gleich den Profiten sind ($I = P$). So kann sich eine Interaktion zwischen Investitionen und Profiten ergeben: höhere Investitionen, höhere Profite, was wiederum zu höheren Investitionen und noch mehr zunehmenden Profiten führt und umgekehrt im Abschwung. Diese Interaktion zwischen Profiten und Investitionen, der sogenannte Einkommenseffekt der Investitionen ist für die Erklärung des Aufschwung und des Abschwungs eines Konjunkturzyklus von grösster Bedeutung. Im Kondratieff-Zyklus interagieren die Brutto-Profite und die Brutto-Investitionen, im Juglar-Zyklus Netto-Profite und Netto-Investitionen.

Schliesslich befinden sich bestimmte Geldmengen im realen und im finanziellen Sektor ($M = M_r + M_f$). Die Geldmenge im realen Sektor (M_r) dient Transaktionszwecken, wobei M_r mit der Geldmenge $M1$ gleichgesetzt werden kann (Bargeld und Sichteinlagen). Hier ist das Geld Wertstellvertreter. Bei jeder Transaktion – Kauf und Verkauf – steht dem Geld ein neu geschaffener realer Wert gegenüber, der aus der Wertschöpfung, die im sozialen Produktionsprozess stattfindet, hervorgeht.

Im finanziellen Sektor befindet sich ein Teil der vergangenen Ersparnisse als Geldvermögen in der Form von Spar- und Termineinlagen ($M3 - M1$). Diese Geldvermögen nehmen ständig zu, weil die Banken Geld schöpfen können und über die Zusatzkredite ΔM einen Teil der Investitionen finanzieren können. Weil aber auf der anderen Seite im realen Sektor Sparen immer gleich den Investitionen ist, wird ein Teil des Sparens (ΔM) nicht mehr für die Finanzierung der Investitionen (I) benötigt und fliesst aus dem realen Sektor in den Finanzsektor ab ($\Delta M + S - \Delta M = I$).

In den letzten 30-35 Jahren hat sich die Geldmenge im realen Sektor vervierfacht, diejenige im finanziellen Sektor vervierzigfacht, eben wegen der Kreditgewährungstätigkeit der Banken und hohen Sparvolumen, die wieder auf eine ungleiche Einkommensverteilung zurückzuführen sind. Und der Geldmenge im finanziellen Sektor (M_f) steht kein realer Gegenwert gegenüber. Aber die Geldmenge M_f sucht ständig reale Gegenwerte, um gewinnbringend zu werden. Firmenübernahmen sind ein gutes

Beispiel. In diesem Zusammenhang schrieb Keynes 1930: *Krisen entstehen, wenn Geld aus dem realen Sektor in den Finanzsektor abfliesst.* Der Finanzsektor beginnt nun allmählich den realen, den Produktionssektor, zu dominieren. Wegen Firmenübernahmen zu hohen Preisen und spekulativ hochgetriebenen Aktienkursen steigen Profite und Dividenden, Managergehalte und Boni, die Einkommensverteilung wird ungleicher, die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt und damit die effektive Nachfrage und der Output- und Beschäftigungstrend verlagert sich nach unten. Das bringt uns nun zur eigentlichen Konjunktur- und Krisentheorie.

Vorerst brauchen wir ein theoretisches Gerüst um Konjunktur und Krise konzeptionell in den Griff zu bekommen. Da ist als erstes der Output-Trend Q^*, dem auch eine Trend-Beschäftigung N^* entspricht (Grafik). Die Differenz zwischen dem Output-Trend und dem Vollbeschäftigungstrend Qv impliziert eine bestimmte permanente Arbeitslosigkeit. Der Trend-Output wird bestimmt durch das institutionelle System, in dem das wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische und kulturelle Leben im weitesten Sinn stattfindet. Dauernde institutionelle Veränderungen verschieben den Trend nach oben oder nach unten. Wenn zum Beispiel die Einkommensverteilung ungleicher wird, nimmt die Kaufkraft der Bevölkerung ab. Die Konsumgüternachfrage sinkt und der Trend verschiebt sich nach unten. Die institutionell geregelte Einkommensverteilung drückt sich im Prinzip in einer normalen Profitrate r^* aus. Diese normale Profitrate dient als Referenzgrösse für die Erklärung der Konjunkturbewegungen. Der Trend-Output Q^* ist nicht direkt beobachtbar, weil er überlagert wird durch den tatsächlichen Output Q, der die Konjunkturbewegungen widerspiegelt.

Die Konjunkturbewegungen spielen sich um den Trend ab. Sie werden bestimmt durch das Verhalten von Produzenten und Konsumenten. Das Unternehmerverhalten bildet sozusagen das Herzstück der Konjunkturtheorie. Der Konjunkturzyklus ergibt sich aus einer Interaktion zwischen dem Einkommenseffekt und dem Kapazitätseffekt der Investitionen. Der Einkommenseffekt gibt bei Aufschwung und Abschwung den Takt an, dies durch eine kumulative Interaktion zwischen Investitionen und Profiten. Der Kapazitätseffekt bewirkt die Wendepunkte, weil eine überproportionale Zunahme des Angebots auf Preise und Profitmargen drückt.

Skizzieren wir nun einen Kondratieff-Zyklus, in dem wir mit einem Abschwung anfangen. Der Druck der Konkurrenz wird härter, Preise senken genügt nicht mehr. Um sich am Markt zu halten, braucht es neue Produktionsverfahren und neue Produkte. Erfindungen werden deshalb vielfach in einer Abschwungsphase gemacht (Stevenson erfand die Eisenbahn 1823 im ersten Kondratieff-Abschwung, Gottfried Daimler den Verbrennungsmotor 1883, im Abschwung des zweiten Kondratieff). Diese Erfindungen werden wirtschaftlich umgesetzt und werden so zu Innovationen; vorerst gibt es nur einzelne Pioniere, die dynamischen Unternehmer von Schumpeter. Diese können aussergewöhnliche Profite erzielen, solange Patente Schutz vor der Konkurrenz bieten. Sobald die Patente auslaufen, kommt die Nachahmung auf breiter Front. Die Investitionen und Profite steigen, was sich wieder positiv auf die Investitionen auswirkt. Die realisierten Profite übersteigen die normalen Profite, welche zum Teil die Position des Trends bestimmen. Eine allgemeine Euphorie setzt im realen Sektor ein.

Diese Euphorie greift auch auf den Finanzsektor über. Die Aktienkurse steigen. Die verwegenen Bullen triumphieren über die ängstlichen Bären. Die Banken nehmen Aktien als Sicherheit und gewähren Konsumentenkredite, was wiederum die effektive Nachfrage steigert, zu höheren Profiten führt und damit noch mehr Investitionen auslöst, was nochmals die Profite steigert. Die steigenden Aktienkurse aber ermöglichen die billige Finanzierung von Investitionen, die wiederum zu steigenden Profiten führen und so den Einkommenseffekt der Investitionen verstärken.

Nebenbei setzen im Finanzsektor spekulative Blasen ein. Kredite werden aufgenommen, um zu spekulieren, jetzt zu kaufen und dann teurer weiterzuverkaufen - Aktien, Land, Gold, Rohstoffe, Erdöl, Nahrungsmittel.

Aber unter der gleissenden Oberfläche des Einkommenseffekts der Investitionen und der Börseneuphorie bereitet sich Unheil in der Form des Kapazitätseffektes der gleichen Investitionen vor. Investieren heisst ja mittel- und langfristig neue Produktionskapazitäten schaffen. Der Output steigt immer mehr über den Trend-Output an, getrieben vom Einkommenseffekt. Aber je mehr sich die Produktionskapazitäten ausweiten, desto grösser wird der Output, das volkswirtschaftliche Angebot. Das gesteigerte Angebot drückt auf die Profitmargen. Das hat wiederum negative Rückwirkungen auf die Investitionen. Die Kraft des Einkommenseffekts der Investitionen beginnt zu erlahmen. Langsam beginnen die Unternehmer zu realisieren, dass sie zu viel investiert haben. Das volkswirtschaftliche Angebot beträgt nun überwältigende AC Milliarden Geldeinheiten (Grafik), dargestellt durch die ausgezogene Linie. Die effektive Nachfrage dagegen beträgt nur relativ geringe AB Milliarden, die gestrichelte Linie.

Jetzt kann alles sehr schnell gehen. Die rasch sinkenden Profite schlagen in Verluste um. Die Investitionen können deshalb sehr schnell zurückgehen. Für den einsetzenden dritten Kondratieff-Abschwung um 1930 legt Keynes in seiner *General Theory* (pp. 102-03) dramatische Zahlen vor: 1928 Netto-Investitionen in Grossbritannien 358 Millionen

Pfund, 1931 noch 43 Millionen; USA 1929 Nettoinvestitionen 25,5 Milliarden Dollar, 1932: 1,2 Milliarden Dollar! In den Vereinigten Staaten betrug die Arbeitslosigkeit in den 1930er Jahren zwischen 17 und 25 Prozent. Der „New Deal", das Ankurbelungsprogramm von Präsident Roosevelt, verpuffte weitgehend wirkungslos, und John Kenneth Galbraith schrieb: *Der zweite Weltkrieg hat uns gerettet*. Tatsächlich schuf der Zweite Weltkrieg die Vorbedingungen zum Aufschwung des vierten Kondratieff-Zyklus 1950-1973, der zu einem guten Teil von den gigantischen Rüstungsausgaben des Kalten Krieges getragen wurde.

Auch im Finanzsektor geht es nun dramatisch zu. Aktienkurse und Immobilienpreise fallen, als Folge des Abbaus von realen Vermögenswerten im realen Sektor. Kredite können nicht mehr zurückbezahlt werden. Der dramatische Fall von Aktivbeständen bei den Banken führt zu Bankenkrisen. Spekulativen Blasen platzen. Dazu macht der deutsche Ökonom Wilhelm Hankel eine wahrscheinlich sehr treffende Bemerkung: Die Spekulation von 1925-29 sei, vor allem in den USA, von Bankkunden getragen worden, die spekulativen Tätigkeiten des letzten Jahrzehnts vor allem von den Banken selber, die sich ihre Überschussreserven ausgeliehen haben, um spekulieren zu können - und dies weltweit und in gigantischem Ausmasse.

Stellt die jetzt einsetzende Rezession den beginnenden Abschwung des fünften Kondratieff-Zyklus dar oder ist es der Abschwung eines Juglar-Zyklus? Handelt es sich um den fünften Kondratieff-Abschwung, dann könnten 10, 12, 15 oder noch mehr Problemjahre folgen. Im Falle eines Juglar-Abschwungs könnte ein Aufschwung bereits in einem oder in zwei Jahren einsetzen.

Starke Indizien deuten an, dass die gegenwärtig einsetzende Rezession in eine lang andauernde Kondratieff-Depression ausmünden könnte. In ihrem ausgezeichneten *A Tale of Two Depressions* vergleichen Barry Eichengreen und Kevin O'Rourke die markanten Ereignisse der ersten 12 Monate der 1929er Krise und der jetzigen, 2008er Krise. Die Zahlen sind beeindruckend: Rückgang des Welt-Industrie-Output 1929: 10%, 2008: 13%; Baisse der Weltbörsen-Indizes 1929: 10%, 2008: 53% (!); Rückgang des Welthandelsvolumens 1929: 7%, 2008: 18%. Das erste Krisenjahr ist also jetzt bedeutend schlimmer als 1929/30. Allerdings haben Regierungen und Zentralbanken heute ganz anders reagiert. Aussergewöhnlich niedrige Zinssätze, offene Geldschleusen und Ankurbelungsprogramme sind an der Tagesordnung.

Wenn jedoch die gegenwärtige Krise eine tiefergehende Kondratieff-Krise ist, dann werden wahrscheinlich Ankurbelungsprogramme nur kurzfristige Strohfeuer sein. Ein Kondratieff-Abschwung könnte verglichen werden mit einem Tsunami, den selbst eindrückliche, aber zeitlich begrenzte Ausgaben-Dämme nicht aufhalten können.

Gegenwärtig wird versucht, der einsetzenden Wirtschaftskrise entgegenzutreten, indem man den Bankensektor stabilisiert. Damit wird aber das Pferd von hinten aufgezäumt. Bankaktiva werden deshalb problematisch, weil sich die zugrunde liegenden realen Werte vermindern, sinkende Immobilienpreise als Beispiel. Diese faulen Aktiva mit Steuergeldern aufzukaufen bringt nicht viel. Wohin mit dem Geld? Günstige Kreditangebote und vor allem niedrige Zinsen nützen nichts, wenn die Investoren nicht investieren wollen und können. Wegen fehlender effektiver Nachfrage sind profitable Investitionsprojekte eventuell nicht ausreichend vorhanden. Und wenn die Unternehmer um Kredite nachsuchen, halten sich die Banken mit der Vergabe zurück. Die Krise untergräbt Zuversicht und Vertrauen.

Abschliessend noch eine Bemerkung zu einem grundlegenden Widerspruch zwischen realem und finanziellem Sektor. Es wurde bereits angedeutet: in den letzten 30-35 Jahren vervierfachte sich die Geldmenge im realen Sektor, im finanziellen Sektor stieg sie um das Vierzigfache. Diese riesigen, potentiell Anlage suchenden Geldvermögen bleiben kurzfristig bezüglich der Inflation harmlos, wenn in einer einsetzenden Krise Überkapazitäten abgebaut werden müssen und vorübergehend Preissenkungen eintreten, was gerade jetzt der Fall ist. Diese deflatorische Situation kann aber in eine inflatorische umschlagen, wenn die Krise sich vertieft. Soziale Unruhen können entstehen, was letztendlich in einer Lohn-Preisspirale enden könnte, d.h. in einer inflatorischen Situation, die auf Verteilungskonflikten beruht. Kommt die Lohn-Preisspirale, wenn anfangs auch nur milde in Gang, dann werden die Gelder im finanziellen Sektor mit immer grösserer Verzweiflung Anlagen suchen, also versuchen, sich in reale Werte umzuwandeln. Das ist die berühmte Flucht in die Sachwerte, die dann die Lohn-Preisspirale dramatisch verstärken und sogar in eine Hyperinflation führen kann. Volkswirtschaftlich können nämlich die Geldbestände im Finanzsektor nicht oder nur langsam abgebaut werden, so dass Geldvermögen und Fondsgelder mit immer grösserer Kadenz Anlagen suchen, was eben die Hyperinflation hervorrufen kann. Die Hyperinflation ist sozusagen das Damoklesschwert, das über Wirtschaftsgesellschaften hängt, in denen sich die Geldmenge im Finanzsektor in der Form von Geldvermögen dramatisch ausgeweitet hat.

Krise der Theorie

Die heutige, mit Ideologiekonflikten geladene Krise der Theorie ist eine globale, doch ist es vielleicht gut, von neutralem Schweizer Boden aus zum

ideologischen Kriegsgeschehen Stellung zu beziehen. Diese Krise der Theorie kann mit dem grundlegenden Unterschied zwischen „Ökonomie – *Economics*" und „Politischer Ökonomie – *Political Economy*" am besten erfasst werden.

Economics geht aus vom Verhalten von Individuen, Gruppen und Kollektiven in allen möglichen Bereichen. Es gibt eine Economics of politics, of law, of education, of the arts, of crime, of terrorism, und so weiter. Die Anwendung von ökonomischen Verhaltensmodellen auf alle möglichen Gebiete wird von Kritikern als „Economics Imperialism" bezeichnet. Methodisch steht das mathematische und ökonometrische Modell im Vordergrund, welches streng wissenschaftlich sein soll. Die Funktionsweise des Systems wird grundlegend durch das neoklassische allgemeine Gleichgewichtsmodell von Léon Walras erklärt, gemäss dem unter Konkurrenzbedingungen eine natürliche Tendenz zum Gleichgewicht besteht. Die Wirtschaft ist also im Prinzip selbstregulierend. Das ultra-neoklassische Modell der Rationalen Erwartungen postuliert sogar, dass eine Wirtschaft immer im Gleichgewicht ist. Zu diesen erstaunlichen Postulaten hat einmal ein Keynesianer etwas sarkastisch bemerkt: *It is better to be broadly right than to be precisely wrong*.

Die Partialbetrachtungen der Ökonomen sind sicher zu einem guten Teil fruchtbar und bringen aufschlussreiche Resultate. Vielfach ist aber economics auch „de l'art pour l'art". Bedenklich ist jedoch, dass Grundlagenfragen überhaupt nicht mehr diskutiert werden, zum Beispiel: welche Lösungen haben die grossen Ökonomen und Politischen Ökonomen für die grundlegenden Probleme von Wert und Preis, Verteilung, Beschäftigung, Geld vorgeschlagen? Die Auseinandersetzung mit solchen Grundlagenfragen bleibt der „Political Economy" vorbehalten, die auch Verbindungen zu anderen Sozialwissenschaften herstellt und der Beziehung von Theorie und Geschichte besondere Beachtung widmet. Hier führt die Auseinandersetzung mit alternativen, zum Teil widersprüchlichen Theorien, zu einer Emanzipation des Geistes (Keynes), d.h. zu selbständigem Denken. Auch die Krisentheorie wird von der Politischen Ökonomie besonders beachtet, wie aus den vorigen Abschnitten hervorgeht. Tatsächlich kann nur die Politische Ökonomie versuchen, Krisen zu erklären, weil ihr eine monetäre Produktionswirtschaft (G–W ... P ... W'–G') zugrunde liegt, nicht eine Tauschwirtschaft, wie der neoklassischen Gleichgewichtstheorie (W–W' oder W–G–W').

Die Krise der heutigen Theorie besteht nun darin, dass die an sich zweitrangige Ökonomie die grundlegende und erstrangige Politische Ökonomie fast vollständig dominiert und im Begriff ist, sie völlig zu eliminieren. Doktorandenprogramme sind auf economists zugeschnitten und die Politischen Ökonomen haben sich zu fügen oder werden aus dem Kreis der Top-Wirtschaftswissenschafter ausgeschlossen. Nur „economists doing economics" dürfen in A-Zeitschriften publizieren. Politische Ökonomen, vielfach von ihren „economists" Kollegen als Journalisten und sogar Poeten betrachtet, werden in B- und C-Zeitschriften abgeschoben. Wer aber Professor an einer renommierten „Faculty of Economics" werden will, muss mindestens eine Veröffentlichung in einer A-Zeitschrift aufweisen können, so dass A-Zeitschriften bestimmen, wer Ökonomieprofessor wird! Damit ist die Liquidierung der Politischen Ökonomie vorprogrammiert. Diese sich vertiefende Krise der Theorie bringt es mit sich, dass die Wirtschaftswissenschafter, allermeistens „economists", der heutigen realen Krise hilflos gegenüberstehen.

Die politischen Ökonomen haben im Rahmen der kapitaltheoretischen Diskussion das neoklassische Grundlagenmodell überzeugend auf Prinzipienebene kritisiert (Bortis, *Institutions, Behaviour and Economic Theory*, 1997/2006, pp. 281-93). Die neoklassischen „economists" haben diese grundlegende Kritik vollständig ignoriert und selbständiges und kritisches Denken durch einen unerschütterlichen Glauben an das allgemeine Gleichgewicht und eine unwiderstehliche Tendenz zum Gleichgewicht gesetzt. In diesem Zusammenhang hat Duncan Foley kürzlich ein bezeichnendes Buch geschrieben: *Adam's Fallacy – A Guide to Economic Theology*; Hans Christoph Binswanger, St.Gallen, spricht leicht sarkastisch von der *Glaubensgemeinschaft der Ökonomen*.

Aber, sagen die neoklassischen Ökonomen, *kritisieren ist leicht. Wir haben ein theoretisches System, das allgemeine Gleichgewichtsmodell von Walras und das System der Rationalen Erwartungen. Damit gibt es sicher Probleme, langsame Tendenz zum Gleichgewicht, Geld und Kredit als Störfaktoren. Aber was habt ihr Politische Ökonomen an Positivem vorzuweisen?*

Und hier liegt tatsächlich die Schwäche der Politischen Ökonomie. Die Keynesianer und Post-Keynesianer haben bisher kein umfassendes und kohärentes System geschaffen, das mit dem neoklassisch-Walrasianischen konkurrieren könnte. Das ist auch nicht so einfach. Keynes hat ein Janusgesicht. Das eine Gesicht blickt in Richtung Neoklassik und Marshall, das andere in Richtung Ricardo und Klassik. Die neoklassischen Ökonomen haben diese Tatsache geschickt genutzt. John Hicks entwickelte 1937 das *IS-LM*-Modell, das ein simultanes Unterbeschäftigungsgleichgewicht auf dem Güter- und auf dem Geldmarkt darstellt. Paul Samuelson schuf 1948 die neoklassische Synthese von Keynes und Marshall. Der Ungleichgewichts-Politische Ökonom Maynard Keynes wird damit zum marginalistischen Gleichgewichtsökonomen. Das sei Bastard-Key-

nesianismus, hat seinerzeit Joan Robinson, eine Keynes-Schülerin, mit beissender Ironie festgestellt.

Jedenfalls, Samuelsons neoklassische Synthese reduziert das Keynesianische System auf eine Reparaturwerkstätte, in der angeschlagene Marktwirtschaften mit geld- und finanzpolitischen Massnahmen wieder auf Trab gebracht werden sollen. Genau das geschieht jetzt. Solche Massnahmen mögen bei relativ leichten Juglar-Abschwüngen wirken, verpuffen aber bei massiven Kondratieff-Rezessionen.

Nun ist aber Maynard Keynes sehr viel mehr als ein Mechaniker, der mehr oder weniger defekte Marktwirtschaften repariert. Sein Gesamtwerk enthält nicht nur eine Neue Politische Ökonomie, sondern auch eine Sozialphilosophie, die man Sozialen Liberalismus nennen könnte. Hier tritt an die Stelle von kurz- und mittelfristiger Wirtschaftspolitik langfristige gesellschaftlich-politische Ordnungspolitik. Es gilt, ein Institutionssystem zu schaffen, so dass die sozialen Individuen prosperieren können, d.h. ihre Anlagen entfalten und ihre Fähigkeiten perfektionieren und erweitern können. Dieses Institutionensystem wäre gemeinsam von Staat und Gesellschaft zu schaffen. Der Staat ist also kein „law and order state", der ständig neue Gesetze erlässt, sondern ein starker, schlanker, sich zurückhaltender Staat, der im Sinne des Subsidiaritätsprinzips regiert, so dass das soziale Potential im weitesten Sinne so gross wie möglich wird und für die sozialen Individuen und die Kollektive grösstmögliche Freiheitsräume zustande kommen.

Ein solches Institutionensystem kann aber nur gut funktionieren, wenn die politischen, sozialen und kulturellen Institutionen, der gesellschaftliche Überbau, auf einer soliden materiellen Basis ruhen. In der Wirtschaft muss annähernde Vollbeschäftigung herrschen und es sollte keine unfreiwillige, systembedingte Arbeitslosigkeit bestehen; zudem sollte die Einkommensverteilung sozial akzeptabel sein.

Um ein solches gesellschaftlich-ökonomisches, politisches und kulturelles Institutionensystem zu schaffen, braucht es unter anderem ein sehr solides System der politischen Ökonomie. Ein solches kann nur geschaffen werden, indem man das zweite Janusgesicht von Keynes in Betracht zieht, dasjenige, das in Richtung Ricardo und Klassik blickt. Es braucht also eine klassisch-keynesianische politische Ökonomie, beruhend auf dem Arbeitswert- und dem Überschussprinzip. Die grundlegenden Elemente für ein solches System wurden in *Shackle's Years of High Theory* 1926-1939 durch Maynard Keynes und Piero Sraffa geschaffen. Luigi Pasinetti hat in lebenslanger Arbeit Keynes und Sraffa auf der Ebene der Prinzipien zusammen gebracht und so das Fundament für die klassisch-keynesianische politische Ökonomie gelegt (Bortis: *Toward a Synthesis in Post-Keynesian Economics in Luigi Pasinetti's Contribution*, erscheint 2009). In einigen Veröffentlichungen von Bortis steht dieses System der politischen Ökonomie im Rohbau: *Institutions, Behaviour and Economic Theory – A Contribution to Classical-Keynesian Political Economy* (1997/2006); *Keynes and the Classics - Notes on the Monetary Theory of Production* (2003); *Marshall, the Keynesian Revolution and Sraffa's Significance* (2003). Man kann plausibel argumentieren, dass die klassisch-keynesianische politische Ökonomie dem neoklassisch-walrasianischen System der Ökonomie weit überlegen ist.

Es wäre also wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch wünschenswert, wenn die politische Ökonomie die ihr zukommende primäre Position wieder einnehmen könnte. Aber gegenwärtig dominieren die neoklassischen Ökonomen absolut und glauben zudem so fest an die Richtigkeit ihrer Theorie, dass sie sich mit Grundlagenfragen nicht mehr befassen.

Que faire? Vielleicht findet sich eine Lösung aufgrund einer gewissen Komplementarität zwischen politischer Ökonomie und „economics". Die politische Ökonomie beschäftigt sich mit der Funktionsweise des sozio-ökonomisch-politischen Systems, „economics" mit dem Verhalten von Individuen und Kollektiven innerhalb des Systems. Es würde dann darum gehen, angemessene Proportionen zwischen „political economy" und „economics" festzulegen. Wenn das nicht möglich ist, wären eventuell innerhalb der bestehenden Fakultäten zwei entsprechende Departemente zu schaffen, was vielleicht die bessere Lösung sein könnte. Oder aber „political economy" und „economics" werden in verschiedenen Fakultäten untergebracht. Eine „Faculty of Economics and Management" wäre relativ leicht zu schaffen. Hingegen wäre für die Politische Ökonomie eine neue Fakultät der sozialen und politischen Wissenschaften aufzubauen, die eine moderne Variante der alten staatswissenschaftlichen (*rerum politicarum*) Fakultäten darstellen würde. Das ist nicht einfach, und so müssten eventuell die Politischen Ökonomen vorläufig in der Philosophischen Fakultät untergebracht werden, sollen ihre Lehrstühle gerettet werden.

Jedenfalls muss dem Absolutheitsanspruch der „economists" und ihrem imperialen Gebaren, hie und da sogar ihrer imperialen Arroganz, ein Ende bereitet werden, wenn die ökonomische Theorie gesellschaftlich wieder relevant werden soll, dies vor allem in der Form von Politischer Ökonomie auf historischer Grundlage und im Rahmen der sozialen und politischen Wissenschaften. ▪